

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 55.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 55.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigabe täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein Bauernfreund“ und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem leistungsfähigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbelen an die Expedition bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Akademie durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 177.

Redaktion Jos. Grünau.

Mittwoch, 2. April 1913. (Franz von Paula.)

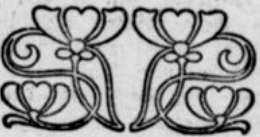
Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

40. Jahrgang.

FÜR DIE FRAUEN-WELT.



Fig. 117. Loser Mantel aus lichteem Tuch, Kimonoschnitt mit großem Kragen aus schwarzer Seide.
Fig. 118. Promenadetoilette aus dunklem Taffet; einfacher Rock, Corsage mit Plastron aus gezeigtem, weißen Musselin und Aufputz aus Venise Spitze.
Fig. 119. Promenadetoilette aus lichteem Tuch; Tunika mit plissiertem Fond, einfache Corsage mit Plastron aus weißer Spitze, Gürtel aus schwarzem Samt.
Fig. 120. Promenadetoilette aus lindengrüner Seide; Tunika mit plissiertem Fond, mit gemustertem Seide garniert, die auf lindengrünem Fond ein blaues Dessin aufweist. Letzteres bildet auch den oberen Teil der Corsage; das Plastron ist aus weißem blumenmusterndem Musselin.



Sonder-Verkauf in Herren-Garderobe für jede Körperform passend.



Neue Herren-Anzüge
in dauerhaften, preiswürdigen Qualitäten, in grauen, gelblichen, bräunlichen, grünlichen, bläulichen, englischen Farbenschatierungen, Ireihig u. Ireihig, in enormer Auswahl
à Mk. 13 15 17⁵⁰ 19⁵⁰ 21 23 25
27 29 32 35 bis 45

Neue Herren-Anzüge
in feinen englisch gemusterten soliden Qualitäten, grau, braun, honigfarben-, grün- und blau-meliert und genoppt, Ireihig und Ireihig
à Mk. 25 29 33 36 39 45 48
53 56 59 65 bis 95

Neue Herren-Anzüge
in feinen blauen Cheviots, Twills, Meltons und Kammgarnen, Ireihig und Ireihig
à Mk. 29 33 35 39 45 48
52 bis 75

Neue Herren-Anzüge
in feinen dunkelgrauen Marengo-Stoffen, Ireihig und Ireihig
à Mk. 32 36 39 45 50 55
60 bis 85

Neue Herren-Hosen
in zahllosen eleganten Streifen, zu Marengo-, bunten und blauen Stoffen passend
à Mk. 6⁵⁰ 7⁵⁰ 8⁷⁵ 9⁷⁵ 11 12⁵⁰ 13⁵⁰
14 bis 22

Tadellose Passform.

Solide, moderne Stoffe.

Vorzügliche Verarbeitung.

Meine Konfektionen sind ein Vorbild guten Geschmackes in deutschen Mode.

Gesellschafts-Kleidung

tiefschwarzer Melton, Drapé, Kammgarn, erstklassige Fabrikate

Smoking-Anzüge 45 55 65 75 82 90
Gehrock-Anzüge 39 49 59 69 78
Frack-Anzüge 55 65 75 83

Neue Knaben- und Jünglings-Anzüge

Cheviot, Kammgarn, in Stoffen engl. Charakters, marengo, blau, preiswert und unübertroffen in Sitz u. Haltbarkeit
à Mk. 3⁵⁰ 4 4⁷⁵ 5⁵⁰ 6⁵⁰ 7⁵⁰ 8⁵⁰
9⁵⁰ 10⁵⁰ 12 13⁵⁰ 15 16⁵⁰ 18 19⁵⁰
21 23 25 27 28 31 33 35 38
40 43 45 48 53

Cutaway-Anzüge.

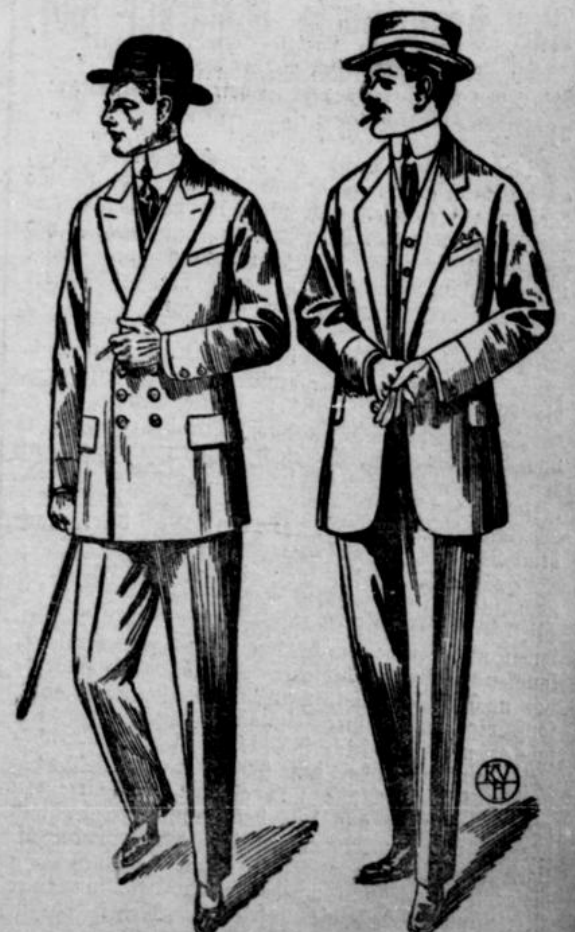
Grösste Neuheit!

Schwarz oder marengo Rock und Weste mit gestreifter Hose. (Hose auch vom selben Stoff.)

Marengo-Cheviot 45.— 36 Mk.

Melton-Cheviot, ganz dunkel 60.— 50 Mk.

Schwarz oder Marengo-Cheviot, Ia. Zutaten und Verarbeitung 80.— 70 Mk.



Neuss.

Rud. van Endert,

Neuss.

Politische Rundschau.

Neu, 1. April.

Am vergangenen Freitag hat sich endlich das Buch mit den sieben Siegeln geöffnet. Die neuen Steuervorlagen sind bekannt gegeben worden, nachdem sie am Tage zuvor im Bundesrat Annahme gefunden hatten. Man ist also dem vor langen Jahren vom Centrum aufgestellten Grundsatze gefolgt, daß keine Mißbrauchsausgaben gemacht werden dürfen, wenn nicht gleichzeitig für deren ordnungsmäßige Deckung gesorgt werde. Früher ist man sogar soweit gegangen und wollte das Prinzip dem Centrum als mangelnden Patriotismus auslegen. Heute steht alle Welt auf diesem vernünftigen Standpunkt. Das dargebotene Steuerbouquet hat einen ansehnlichen Umfang und ist auch recht mannigfaltig ausgestaltet. Der Reichstag sieht sich vor ein ordentliches Stück Arbeit gesetzt und wird wohl nicht so schnell mit der Sache fertig werden, da für manchen Vorschlag wohl eine eingehende Kommissionsberatung notwendig sein wird, über die man auch nicht mit einem einfachen Hurra-Patriotismus hinwegkommt, denn, was man einmal an Steuern hat, das bekommt man so leicht nicht mehr los.

Auch der preussische Landtag hat in dieser Woche seine Arbeit wieder aufgenommen. Auf seiner Liste steht noch manches, was zu erledigen wäre, aber ein Landtag, der so in den letzten Tagen liegt, ist nicht mehr sehr arbeitsfreudig. Spätestens Anfang Mai erfolgt die Auflösung und zwei Wochen später werden dann ja auch die Urwahlen stattfinden. Die Agitation hält sich noch in bescheidenen Grenzen, was vor allem daher rührt, daß der Liberalismus der verschiedenen Schattierungen nicht recht weiß, wohin er sein Haupt hinlegen soll. Er möchte ja gar zu gerne ganz mit der Linken mit Einschluß der Sozialdemokratie Hand in Hand gehen, aber da gibt es so viele, denen die Gesellschaft nicht paßt. Dazu kommt dann, daß auch die Genossen sich durchaus keinen Zwang auferlegen und glatt heraus sagen, entweder ihr tut, was wir wollen, oder ihr könnt uns gestohlen werden. Angenehm ist es nicht, so von der Gnade der Sozialdemokraten abhängig zu sein. In den Centrustreifen hat man sich nach dem alten Grundsatze eingerichtet, daß man am besten auf den eigenen Beinen steht, von der Gunst mehr oder weniger guter Freunde leben zu müssen, ist immer eine recht zweifelhafte Sache.

Wenn man in der Balkanfrage glaubt, an einem nahen Ende zu sein, so geht es regelmäßig an einer neuen Kanie wieder los. Die Bulgaren wollen Adrianopel nicht umsonst erobert haben und zeigen nicht übel Lust, den Weg nach Konstantinopel nehmen zu wollen, um dort, wie sie sagen, den Frieden zu diktiert. Rußland wird ihnen jedenfalls den Weg nicht versperren, sondern seinen Vorposten davor, wie man es auch mit Montenegro getan hat, natürlich nicht, da es dadurch seine Interessen bedroht sieht. Es hat sich darauf eine unangenehme Spannung ergeben, deren Ende nicht abgesehen werden kann. Daß sich bei Montenegro das ohnmächtig erweist, auf eigene Rechnung sich Genugtuung verschaffen wird, kann ihm nicht übel genommen werden. Wenn nicht in den aller nächsten Tagen die Mächte einig vorgehen, mit Einschluß von Rußland, so liegt der Friede noch in weiten Fernen und wir erleben schlimmere Dinge, als sie bisher zutage getreten sind.

Aus Spanien kam die Nachricht von einem Anfall des Königs Alfonso. Daraus einen Attentatsversuch zu machen, war jedenfalls übereilt und ungerecht. Immerhin ist die Luft über dem Lande der Orangen und Zitronen so drückend, daß eine solche Meldung nicht als unmöglich angesehen werden könnte. Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, daß es im Lande, namentlich in den Industriezentren gewalt-

tig gährt und daß dort genügend Brandstoff zu einer Revolution vorhanden ist. Die Verhältnisse sind mehr als bedauerlich und es ist in sozialer Hinsicht nichts Gesehene, dem tatsächlichen Elend irgend Abhilfe zu bringen.

Es ist bezeichnend, daß das einzige soziale Gesetz, das in den letzten Jahren zustande kam, dem konservativen Kabinett Maura zu danken ist: die Sonntagsruhe. Da Maura sich auch in anderer Hinsicht um die soziale und politische Gesundung Spaniens bemühte (innere Kolonisation gegenüber der erschreckend zunehmenden Auswanderung, Bau von Straßen und Kleinbahnen, Gesetz über die Wahlpflicht, Dezentralisierung der bürokratischen Verwaltung), bekämpfte Maura niemand gefährlicher als der Liberalismus. Auf Maura folgte das liberale Kabinett Moret (Okt. 1909), auf dieses das noch weiter links stehende Kabinett Canalejas. So schneidet dieses in futuristischen Fragen vor, so wenig Energie entwickelte es in sozialen Reformen. Von den großen Reformen, die Canalejas im Unterrichts- und Steuerwesen, in der sozialen Gesetzgebung und dem Seerwesen (allgemeine Wehrpflicht) anstaltete, ging bisher nur die Erhöhung der Erbschaftsteuer, aber weder die Reform der Einkommensteuer noch die Erleichterung der drückenden Verbrauchssteuern durch.

Im gleichen Jahr wasser steuert das heutige Ministerium Romanones. Anstatt soziale Arbeit zu leisten, umschmeichelt man die Führer der Revolution und läßt ihnen freie Hand, ihr Werk fortzusetzen, das kann schließlich nur ein Ende mit Schrecken geben. Um das Durchschieben noch zu verhüten, hat der konservative Führer Maura sich völlig vom politischen Leben zurückgezogen, nachdem er den Unstern der Welt nicht zuletzt auch in den Kreisen seiner eigenen Partei reichlich erfahren hatte, und namentlich vom Könige, dessen beste Stütze er hätte sein können, vor den Kopf gestoßen worden ist. So wird der Liberalismus weiter arbeiten und König Alfonso wird zu spät einsehen, wo seine einzigen und wahren Freunde zu finden sind.

Im englischen Parlament löst eine bedeutungsvolle Rede die andere ab. Nie ist mehr in die Erscheinung getreten, daß London neben Berlin ein entscheidendes Centrum der großen Politik in unsern Zeitläufen ist. Diesmal war es der Chef des Marineamtes Lord Churchill, der über die Flottenrüstungen insbesondere auf deutscher und englischer Seite sprach. Er knüpfte an die programmatische Rede des Admirals v. Tirpitz an, welche ja einen Ausblick, wenn auch keine Abrüstung in Vorschlag brachte.

Daß die Rede vom besondern englischen Standpunkt aus gehalten war, ist selbstverständlich und Alles wird man deshalb auch nicht auf deutscher Seite zu unterschreiben brauchen. Er hat aber ein neues Wort nicht nur, sondern auch einen neuen Gedanken geprägt, welchen man auch bei uns lebhaft begrüßt. Er sprach von einem „Feierjahr“ in den Flottenrüstungen. Darüber wird sich reden lassen, und man darf auch wohl die Hoffnung nähren, daß ein solches Jahr, lassen kann, wird ohnehin genügend Opfer an Erneuerungen fordern. Hier wird man nie zurückbleiben dürfen, denn, was wir haben, muß Entwicklung der Technik, die man nun bei Seite dann auch beiderseitig Nachfolger haben wird. Die auf jeden Fall erschlaffig sein.

Die Steuervorlagen.

(Fortsetzung.)

Zuckersteuer und Grundstückssteuer.

Nach dem Gesetze vom 14. Juni 1912 soll die Ermäßigung der Zuckersteuer auf den in Artikel 5 des Gesetzes betreffend Änderung im Finanzwesen, vom 15. Juli 1909 normierten Betrag sechs Monate nach Einführung des neuen Bestimmungen-

gesetz, spätestens mit dem 1. Oktober 1916, in Kraft treten. Eine Ermäßigung der Zuckersteuer vor dem 1. Oktober 1916 kann zur Zeit indessen nicht in Betracht kommen, da die Finanzierung der Militärvorlage von 1912 auf der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der Steuer bis zu diesem Tage beruhte und der Ertrag der Zuckersteuer jetzt für andere Zwecke herangezogen werden muß. Der gegenwärtige Deckungsbedarf macht es demnach zur Notwendigkeit, den Eintritt der Ermäßigung der Zuckersteuer und den Wegfall des Zuschlags zum Grundstücksstempel wenigstens noch bis zum Ende des Rechnungsjahres 1917 hinauszuschieben, da sich alsdann wird übersehen lassen, inwieweit die neuen Einnahmen sich dem Bedarf entsprechend entwickeln. Der Entwurf trifft dementsprechend Bestimmung. Neben dem vorstehend bezeichneten behandelt der Gesetzentwurf noch zwei weitere Maßnahmen, nämlich die Anschaffung eines zur Befriedigung eines außerordentlichen Bedarfs dienenden Bestandes an Silbermünzen bis zur Höhe von 120 Millionen Mark, sowie die Ausgabe weiterer Reichsschatzscheine in Abschnitten zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark, um aus ihrem Erlös einen gleich hohen Betrag in gemünztem Golde mit der Zweckbestimmung des Reichstagskassen zur Verfügung zu stellen. Beide Maßnahmen verfolgen den Zweck, dem Finanzwesen des Reichs gegenüber den in kritischen Zeiten gesteigerten Ansprüchen eine größere Widerstandsfähigkeit zu verleihen.

Änderung des Reichsstempelgesetzes.

Die bisher bezeichneten steuerlichen Maßnahmen würden noch nicht ausreichen, um den laufenden Bedarf zu befriedigen. Die noch fehlende Deckung war auf einem Wege zu suchen, durch den Handel und Verkehr möglichst nicht von neuem beunruhigt werden. Der Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Reichsstempelgesetzes nimmt durch Übernahme einiger bisher den landesgesetzlichen Bestimmungen unterworfenen Stempelabgaben auf das Reich einen weiteren Ausbau des Reichsstempels in Aussicht, der, weil die Landesstempelabgaben von den betreffenden Gegenständen künftig weggelassen werden, nur zum Teil und nur in mäßigem Umfang für die Betroffenen eine steuerliche Mehrbelastung bedeuten wird. Es handelt sich um den Übergang der Besteuerung der Gesellschaftsverträge und der Versicherung auf das Reich. Bei beiden Stempelabgaben lag besonderer Anlaß für eine Einbeziehung in die reichsgesetzliche Besteuerung vor. Sowohl der Reichsstempel von Aktien und diesen verwandten Wertpapieren, wie die Landesstempelabgaben, soweit sie sich auf die von jenen betroffenen Gesellschaften beziehen, haben wirtschaftlich denselben Vorgang zum Gegenstand, die Bildung des Gesellschaftskapitals und seine Erhöhung. Diese Finanzprozeduren der wirtschaftlichen Vorgänge durch zwei voneinander unabhängige Steuererhebungen hat manches Mißliche an sich. Sie führt, da die Landessteuererträge erheblich untereinander abweichen, für die betroffenen Gesellschaften trotz der einheitlichen reichsgesetzlichen Besteuerung zu einer ungleichmäßigen Belastung, und sie erschwert es dem Reiche, diese Gesellschaften in einer feinen Bedürfnissen entsprechenden, zugleich aber auch die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigenden Weise angemessen heranzuziehen. Es schien hiernach erwünscht, diesen Gegenstand der Besteuerung künftig unter Ausschluß von Landesstempeln dem Reiche ausschließlich vorzubehalten. Der Wegfall des Landesstempels gestattet bei den Aktiengesellschaften eine Erhöhung des Reichsstempels, die nach dem Entwurf im Anschluß an die für das größte Landesstempelgebiet geltenden Stempelsätze 1/2 vom Hundert des in Betracht kommenden Kapitalvermögens betragen soll. Für die Erhebung des Stempels soll aber künftig nicht der Nennwert, sondern der Ausgabewert der Aktien zugrunde gelegt werden.

Neben den Aktiengesellschaftsverträgen empfiehlt es sich, auch die Besteuerung der übrigen Gesell-

schaftsverträge auf das Reich zu übertragen, insbesondere gilt dies von der gleichfalls finanziell erheblichen Besteuerung der Gesellschaftsverträge der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, da diese in immer bedeutenderem Maße an die Stelle von Aktiengesellschaften treten, die Besteuerung ihrer Erträge und der Stammkapitalerhöhungen mithin sachgemäß nur in Verbindung mit derjenigen der Aktiengesellschaften erfolgen kann. Unter diesem Gesichtspunkt schenken sich schon der Zeitpunkt gekommen, der Erhebung eines Reichsstempels auch von diesen Gesellschaften näher zu treten. Die Übernahme des Landesstempels auf das Reich läßt es gerechtfertigt erscheinen, bei diesem Anlaß für die künftige Besteuerung mit 3 Prozent des Stammkapitals noch über die Höhe des Stempels hinauszugehen, der zum Beispiel in Preußen bisher von diesen Gesellschaften erhoben worden ist. Besonderer Anlaß hierzu dürfte insbesondere gegenüber den Grundstücksverwertungsgesellschaften gegeben sein, insofern sie keine Spekulationsgeschäfte treiben, und bisher zum Teil lediglich zum Zwecke der Umgehung des Grundstücksverwertungsstempels und der Zuwachsteuer gegründet worden sind. Für sie sieht der Entwurf einen Stempel von 5 Prozent vor.

Was von der Stempelabgabe von den Verträgen über die Errichtung der Gesellschaften und über die Kapitalerhöhungen gilt, trifft in gleichem Maße auch für die Stempelabgabe von dem Einbringen von nicht in Geld bestehendem Vermögen in die genannten Gesellschaften zu. Doch wird das Einbringen von unbeweglichen Gegenständen, das jetzt bereits der reichsgesetzlichen Besteuerung nach Tarifnummer 11 b des Reichsstempelgesetzes unterliegt, auch weiterhin im Zusammenhange mit der Stempelabgabe von Grundstücksübertragungen zu bleiben und insoweit auch künftig die Zulässigkeit der Erhebung von Landesstempelabgaben fortzubehalten haben. Wie in den Landesgesetzen wird sich auch für die künftige reichsgesetzliche Besteuerung an den Einbringungsstempel der Stempel von der Übertragung von Rechten am Gesellschaftsvermögen gleichfalls mit der obengenannten Einschränkung, anzuschließen haben. In allen diesen Fällen lehnt sich der Entwurf an die preussischen Steuererträge an. Die Form der Stempelabgabe als eines Urkundenstempels von den einzelnen Wertpapieren der Tarifnummer 1 soll nach dem Entwurf nur noch für die Aktiengesellschaften gewerkschaftlich betriebener Bergwerke und die ausländischen Aktien beibehalten werden. Da die Gründung der inländischen Aktiengesellschaften und die von ihnen beschlossenen Kapitalerhöhungen infolge des Registrierzwanges steuerlich vollständig und zuverlässig erfasst werden können, wird die Erhebung der erhöhten Abgabe einfacher an die Durchführung der Errichtung der Gesellschaft und der beschlossenen Kapitalerhöhungen angeknüpft und damit die zeitraubende Abstempelung der einzelnen Aktienurkunden erspart. Dieser Weg empfiehlt sich umso mehr, als schon jetzt gegenüber den Aktiengesellschaften, die Aktienurkunden nicht ausgeben, ausschließlich die bezeichneten Rechtsvorgänge die Grundlage der Besteuerung bilden müssen und somit nunmehr eine einheitliche steuerliche Behandlung der Aktiengesellschaften Platz greifen kann. Um Unterziehungen bei der neuen Gestaltung des Stempels zu vermeiden, war es erforderlich, auch die Besteuerung der Genossenschaften anderweitig zu ordnen. Der Mehrtrag aus der Besteuerung der Gesellschaftsverträge ist auf 28 Millionen Mark veranschlagt.

Mit einem Behaltungsbeitrag von 36 Millionen Mark sollen die Versicherungsbeiträge der Deckung des Bedarfs dienbar sein, indem sie unter Aufhebung der einzelstaatlichen Stempelsteuer für das ganze Reichsgebiet und für das ganze Versicherungsgebiet eine einheitliche steuerliche Belastung geschaffen wird. Die Steuererhebung erfolgt in Gestalt einer Stempelabgabe und knüpft an die Beurkundung über die Zahl des Versicherungsentgelts an, deren Form und Inhalt dem bisherigen Geschäftsgebahren der Versicherungsunternehmung angepaßt ist. Die Abgabe beträgt für jedes Jahr der Versicherungsdauer bei Feuerversicherungen de-

Aus Deutschlands schwerster Zeit.

Historische Erzählung.

Nach den Akten frei bearbeitet von Julius Forn.

5) (Fortsetzung.)

Die Arbeitszeit ist zwar noch nicht vorüber, aber die Härte will den Boden aufweichen. Da darf man ihr bekanntlich nicht im Wege sein.

Ein freudiges Aufleuchten in den Augen des Schreibers verriet dessen Genugtuung über dieses Geschick. Augenblicklich legte er Feder und Papier weg und verließ mit einem höflichen Grusse das Zimmer.

Schadenfroh schaute der Prinzipal ihm nach. Nun geht's natürlich spornstreichs zu Merkle, um die Abschrift abzuholen,“ murmelte er.

Der Tölpel will sich vom Bruder den Dank und von der Schwester noch süßeren Lohn holen! Warte nur, Büttchen, ich will dir die Freude verjagen!“

Wald darauf nahm er den Weg direkt nach dem Löwen.

Da die Franzosen von ihrem Übungsmarsch noch nicht zurückgekehrt waren, traf er in der Wirtschaft nur einige Bürger. Er setzte sich zu ihnen und wurde durch Franziska mit dem verlangten Rotwein bedient. Vergeblich schaute er sich nach Müller um, welcher doch sein Abendbrot sonst regelmäßig hier einnahm. Auch den Wirt sah er nicht, obgleich sich dieser sonst um diese Zeit gewöhnlich bei den Gästen aufhielt. Er zog daraus seine Schlüsse und glaubte nicht irre zu gehen, wenn er annahm, daß sein Schreiber und Merkle, mit der Musterung der Abschrift beschäftigt, sich in einem andern Zimmer befänden. In dieser Voraussetzung wurde er nach Verluß einer Viertelstunde durch die bedienstete Dienerin des in die Wirtschaft tretenden Merkle bestätigt.

Der Löwenwirt stand in den besten Jahren. Er hatte eine imponierende Haltung und einen vertrauensverweckenden Blick. In der ganzen Gegend kannte man ihn als einen Mann, der sowohl Bildung, als ein warmes Herz und einen offenen Sinn für seiner Mitbürger Wohl und Wehe besaß. Durch seine Geschäftsgewandtheit im Weinbau und Wirtschaftsbetrieb und durch einen aus-

gezeichneten Solchhandel hatte er sich ein schönes Vermögen erworben.

Bei dem Eintritt des Bruders verschwand Franziska. Einige Minuten später trat auch der Schreiber ein und nahm bescheiden an einem andern Tische Platz.

Wie sehr hatten die Gäste noch nicht viel gesprochen. Als jedoch der Wirt bei ihnen Platz nahm, kam die Unterhaltung in Fluß. Da sich kein Franzose im Zimmer befand, sprach man sich freier aus. Manches Wort fiel, das man sonst kaum so sagen gewagt hätte.

„Heute ist doch die Luft einmal wieder rein“, sagte ein hämmiger Weinwirt und schenkte sein Glas an den Mund, ich weiß nicht, wenn ich die verfluchten Franzosengeißel um mich herumsehe, brennt der beste Riesling wie Essig die Kehle hinab.“

„Geht mir auch so, Gewatter,“ nahm ein derber Jähker das Wort, „deshalb bleibe ich auch, so sehr ich an dieses Plätzchen gewöhnt bin, am liebsten zu Haus und hole mir ein Krüglein aus dem eigenen Keller. Es wird ohnehin am besten sein, man räumt damit auf, denn wenn die Wirtsfässer einmal auf der Reize sind, dann kommt die Reize an uns.“

„Ja, ja, es ist eine böse Zeit,“ meinte der Nachbar Merkle, ein beweglicher Schneider, der die „freie Luft“ auch benutzt hatte, und ein Schöpflein zu trinken, „ich bin nur begierig, wie lange man sich in Deutschland den Übermut der Franzosen noch gefallen läßt.“

„Wie lange,“ fiel ihm der Stadtschreiber ins Wort, „das ist eine schwer zu beantwortende Frage; ohne Zweifel werden wir noch nicht so bald von dem schmachvollen Joch befreit. Es rührt 'a kein Mensch eine Hand, um die heillosen Blut-sauger aus dem Lande zu jagen. Alles duckt und schmeigt sich vor dem übermächtigen Volk. Da ist es wahrlich kein Wunder, wenn den Franzosen der Ramm von Tag zu Tag höher schwillt. Sollen sämtliche Fürsten Deutschlands aufwachen und ständen die Deutschen auf wie ein Mann, dann sähe man nach einigen Wochen keine einzige der verfluchten Rothosen mehr in dem Land!“

Er hatte immer erregter gesprochen. Am Schluß schlug er, wie in hellem Zorn, mit der Faust auf den Tisch.

„Nicht so laut,“ mahnte Merkle und schaute sich vorfüchtig um. Uebrigens hat der Herr Stadtschreiber ganz recht. Der gleiche Gedanke ist in einem Büchlein ausgesprochen, das ich vor kurzem von einem Freunde in Heilbronn erhielt. Mit diesen Worten holte er die Broschüre aus der Tasche hervor.

Der größte Teil der Anwesenden hatte schon von derselben gehört, sie jedoch nicht gelesen. Merkle teilte nunmehr den Hauptinhalt mit und steckte das Buch dann wieder zu sich mit dem Bemerkten, daß er beabsichtige, seinem Geschäftsfreund Schoderer in Augsburg mit einem morgen an denselben abgehenden Weintransport eine Abschrift zu senden.

Den Stadtschreiber schenkte den Inhalt der Broschüre ganz begeistert zu haben. Er stand auf, erhob sein Glas und rief: „Trinken wir auf Befreiung Deutschlands aus der furchtbaren Schmach!“ Alles stieß an. Die Gläser klangen zusammen. Da traten einige französische Soldaten ins Zimmer. Die Bürger verstummten.

Nur der Stadtschreiber blieb in seiner gehobenen Stimmung. Er nahm von den Soldaten gar keine Notiz. Gang gegen seine Gewohnheit gab er eine Flasche zum Besten, welche die Bürger dankend annahmen. Mit lud hierzu auch den in dessen mit seinem Abendbrot fertig gewordenen Schreiber freundlich ein. Der Gedanke schon an die Möglichkeit, daß die Lage in Deutschland sich bessern könnte, hatte die Männer mit froher Hoffnung erfüllt. Merkle holte noch einen Krug vom Guten — man stieß abermals an, trank und war guter Dinge.

4. Kapitel.

Die Verhaftung.

Es war zwei Tage später. Merkle befand sich bei seinem Koffer, der mit Weinabfällen beschäftigt war, vor dem Haupte. Da er Nachmittags eine kleine Reise antreten wollte, hatte er noch für Verchiedenes Sorge zu tragen. In der Nähe spielten seine Kinder mit dem großen Hofhund. Franziska stand stierend unter der Türe. Es befanden sich augenblicklich keine Gäste im Zimmer. Da kam von einem Sergeanten geführt, in gemessenem Schritt eine Abteilung französischer Soldaten heran, gerade auf den Löwenwirt zu.

„Im Namen des Kaisers verhafte ich Sie als Hochverräter!“ rief der Unteroffizier mit lauter Stimme und ergriß Merkle am Arm.

Im nächsten Augenblick sah dieser seine Hände gefesselt. Der Löwenwirt, welcher im ersten Augenblick vor Bestürzung gar kein Wort finden konnte, protestierte nunmehr ernstlich gegen eine solche Behandlung. Er war sich ja seines Vergehens bewußt. Die Franzosen lebten sich jedoch nicht daran. Merkle wurde ins Birkzimmer geführt. Hier verlangte man von ihm die Auslieferung der Broschüre „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung.“ Der arme Mann atmete auf. Der peinliche Zwischenfall mußte auf einem Mißverständnis beruhen. Durch die Tatsache, daß er sich im Besitze des Büchleins befand, konnte doch ein so rücksichtsloses Vorgehen nicht gerechtfertigt sein. Da seine Hände gefesselt waren, deutete er mit der Erklärung, daß das Geschick sich dort befände, nach seinen inneren Rodtasche. Er wurde durchsucht und die Broschüre kam zum Vorschein. Der Sergeant steckte dieselbe zu sich. Merkle wurde in die Mitte genommen und unter dem Beifügen seiner Kleinen und den stummen Tränen Franziskas nach dem Nachbarn geleitet.

Zu seiner nicht geringen Überraschung fand er daselbst schon einen Leidensgefährten. Aus Müller war in der Frühe des Morgens festgenommen und gefesselt eingesperrt worden.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde von dem aufregenden Ereignis durch die Stadt. Man erfuhr, daß die Verhaftung der beiden an den ausdrücklichen Befehl des Generals Pettit in Heilbronn erfolgt war. Die Anklage lautete auf Hochverrat.

Am folgenden Tage wurde auch Schoderer, der sich zur Abwicklung von Geschäften in Weinberg aufgehalten, als Gefangener in Neudorf eingesperrt. Französische Soldaten hatten den Führer Mann mit der Weinendung nach Donaueschingen zwischen Heilbronn und Gail angehalten und bei demselben die Abschrift der Broschüre entdeckt. Die allgemeine Bestürzung wurde noch größer, als sich die Nachricht verbreitete, auch ein angesehenen Kaufmann in Heilbronn sei aus dem gleichen Anlaß hinter Schloß und Riegel gebracht worden.

(Fortsetzung folgt.)

weglicher Gegenstände 1/2 v. L., unbeweglicher Gegenstände ein Zwanzigstel v. L. der Versicherungssumme, bei Einbruchdiebstahl- und Glasversicherung ein Zehntel v. L. der Versicherungssumme. Die Bemessung der Prämie für Landtransportversicherungen auf ein Vierzigstel v. L., bei Seetransportversicherungen (entsprechend den bisherigen hamburgischen Sätzen) je nach der Höhe der Prämie für Reiseversicherungen auf ein Vierzigstel bis fünf Zehntel v. L. und für Zeitversicherungen monatlich auf ein Fünftel v. L. der Versicherungssumme. Bei Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen soll 1 v. L. der gezahlten Prämie (Barprämie) und bei sonstigen Versicherungen 1/2 vom Hundert dieses Betrages erhoben werden. Steuerpflichtig ist der Versicherungsnehmer, zu dessen Lasten die Abgabe vom Versicherer zu entrichten ist. Befreit sind Feuerversicherungen, Hagel- und Viehversicherungen, Feuerversicherungen unbeweglicher Gegenstände im Betrage bis zu 3000 M., Lebensversicherungen bis zu 2000 M., sonstige Versicherungen bis zu 1000 M., sowie die Sozialversicherung, die Versicherung von Bediensteten und Arbeitern gegen Todesfall oder Körperverletzung im Gewerbebetriebe, die Krankenversicherung, die Arbeitslosen- und Stellenlosigkeitsversicherung.

Bei der Ordnung der steuerlichen Belastung war für den überwiegenden Teil der Versicherungsbranche die Vereinfachung des Steuerrechtes unter Uebernahme bestehender landesrechtlicher Sätze maßgebend, so insbesondere für Transport-, Reise-, Unfall-, Haftpflichtversicherung und Feuerversicherung unbeweglicher Gegenstände, während im übrigen, namentlich für die Feuerversicherung beweglicher Gegenstände, mit der Vereinfachung durch entsprechende Ausgestaltung der einzelstaatlichen Sätze danach gestrebt wird, auf diese Weise einen billigen Ausgleich dafür zu schaffen, daß die in der Versicherung erfassten oder in ihr verkörpert Vermögenwerte nicht oder doch nicht in entsprechender Weise anderweit steuerlich belastet sind. Indem diese Regelung dem Wunsche der am Versicherungswesen Beteiligten nach Vereinfachung des Steuerrechtes entgegenkommt, das gesamte Versicherungswesen und nicht nur die Feuerversicherung umfaßt, dem inzwischen verstärkten Bedürfnis nach Schonung des unbeweglichen Vermögens Folge gibt und den Gedanken der Besteuerung im wesentlichen auf die beweglichen, gegen Feuer versicherten Werte beschränkt, trägt sie in weitem Maße den Bedenken Rechnung, die 1909 gegen die dem Reichstag vorgeschlagene Besteuerung der Prämienquittungen für die Feuerversicherungen beweglicher und unbeweglicher Gegenstände mit dem gleichmäßigen Satze von 1/2 v. L. erhoben worden sind; sowohl beim Gesellschaftenstempel wie beim Versicherungstempel soll den Bundesstaaten für eine Uebergangszahl der Betrag ihrer bisherigen Durchschnittseinnahme aus diesem Stempel vergütet werden.

(Schluß folgt.)

Die Arbeit des Reichstages nach Ostern.

(Von unserem Berliner E. Mitarbeiter!)

Nicht nur die Augen des deutschen Volkes, sondern auch der gesamten Kulturwelt sind auf die Reichstagsarbeit gerichtet. So viel steht heute schon fest, daß der Reichstag sich der schwierigen Situation gewachsen zeigen wird, auch dann, wenn die Sozialdemokraten nach der Annäherung des Abg. Liebknecht Obstruktion treiben würden, oder wenn gewisse Kreise vom Reichstag das politische Paragrafen-Gesetz hätten, daß er unbeschadet alles anzunehmen habe. Der Reichstag wird vielmehr alle Deerefordernungen und Deckungsvorschläge sehr eingehend prüfen und sich selbst ein Urteil bilden; dies ist er sich selber, dem deutschen Volke und der gesamten Kulturwelt schuldig. Wenn man an manchen Stellen annimmt, daß diese umfassende Arbeit bis Pfingsten sich erledigen läßt, so braucht man kein Optimist zu sein, um diese Auffassung zu teilen; denn wenn im Reichstage der ernste Wille herrscht, eine „Sache zu machen“, dann kann er gründlich und schnell arbeiten; sechs Wochen stehen zur Verfügung. Freilich kommen die preußischen Landtagswahlen hinzu, und für die preußischen Doppelmandatäre wäre es sehr unlieb, wenn sie bis zu den Wahlmännern in Berlin sitzen müßten. Ob sie dadurch Zeit erhalten, daß das Plenum zeitweilig sich vertagt und den Kommissionen mehr Arbeitsmöglichkeit bietet, ist eingehend zu prüfen. Schließlich kann man schon jetzt das eine sagen: es hängt sehr stark von den Vorschlägen des Bundesrats ab, ob bis Pfingsten alles aufgearbeitet ist. Wenn schwere politische Kämpfe sich entwickeln, ist damit zu rechnen, daß vor Juli kein Ende eintritt — trotz aller Kaiserjubiläumseiern. Der Gedanke, im Frühjahr nur die Militärvorlage zu erledigen — die Deckungsfrage aber auf eine spätere Zeit zu verschieben, ist allseitig abgelehnt worden und kann weder vom Bundesrat noch vom Reichstage ernstlich erwogen werden; darin liegt einfach eine politische Unmöglichkeit; wenn auch „Mars die Stunde regiert“, so darf doch der Steuererheber nicht abgesetzt werden. Die beiden Vorlagen sind vielmehr gleichzeitig und womöglich von denselben Parteien zu erledigen; dies muß als Ziel sich gesetzt werden. Die Frühjahrslage hat aber noch eine Reihe anderer Aufgaben zu erfüllen: als besonders dringlich ist das neue Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz anzusehen; manche Klippe droht ihm; heute ist Einmütigkeit über alle Kernfragen erzielt, und darum sollte dieser dankenswerte Entwurf, der so viele Verbesserungen bringt, schnellstens Gesetz werden, daß es noch in diesem Jahr in Kraft treten kann. Ob das Reichstagsplenum in der Kommission überhaupt zu Ende beraten wird und ob es dann eine solche Fassung erhält, daß das Plenum eine Mehrheit hierfür hat, und ob dann der Bundesrat diesen Beschlüssen zustimmt, ist sehr fraglich; in der Kommission sind manche wesentliche Beschlüsse mit Stimmengleichheit gefaßt worden; im Plenum gibt dies eine glatte Ablehnung. Zurzeit ist noch alles in der Schwebe. Eine Entscheidung aber muß gefaßt werden in der Frage der Befolgung der Postbeamten; der Reichstag hat mit tiefer Mehrheit für Postoffizienten und Unterbeamte Gehaltserhöhungen beschlossen. Es ist ganz aus-

geschlossen, daß diese von der Militärvorlage nun erbracht werden; das Zentrum hat mit besonderem Nachdruck erklärt, daß es noch in diesem Etatsjahre eine Aufbesserung fordert und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln erheblich führen wird. Auch die von ihm angeregten Kinderzulagen vom dritten Kinde ab können heute gar nicht mehr verweigert werden. Resolutionen sind dem Zentrum nicht genügend; es besteht auf Auszahlung in bar. Es wird sich unter keinen Umständen mit einer Vertagung auf kommende Jahre abgeben lassen. Das Zentrum hat absichtlich nicht vor den letzten Wahlen seine Anträge eingebracht, sondern erst nach den Neuwahlen; es wollte aller Welt zeigen, daß es so gut begründete Forderungen nicht auf den Wagen der Parteipolitik laden will. Gleichzeitig mit der Beschließung des Etats muß auch eine befriedigende Lösung dieser Belohnungsfrage gegeben werden. Damit muß der Bundesrat rechnen, und darauf dürfen sich die Postbeamten verlassen.

sc. Bund der Handwerker und Landtagswahlen.

Niemand wird es dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand verübeln, wenn er für die bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen sich praktische Erfolge zu sichern sucht. Er hat ein Interesse an einer möglichst starken persönlichen Vertretung im Landtage, wie auch daran, daß möglichst viele handwerkerefreundliche Kandidaten gewählt werden. Der Rheinische Handwerkerbund ist, wie seine letzte Delegiertenkonferenz beweist, auch bereits an der Arbeit. Er hat mit den bürgerlichen Parteien Verbindung gesucht zwecks Aufstellung von Handwerker- als Landtagskandidaten, ein durchaus einwandfreies Vorgehen.

Daß der Bund der Handwerker (Friedenau-Berlin), der gleichfalls als wirtschaftspolitische Organisation auf die Wahlen einzuwirken sucht, dabei eine gleich glückliche Hand habe, läßt sich allerdings nicht behaupten. In seinem Statut bezeichnet der Bund unter anderem als seine Aufgabe: Einwirkung auf die Wahlen, damit unabhängige Männer in die Parlamente, Kommunalverwaltungen und Handwerkskammern gewählt werden, welche sich schriftlich verpflichten, auch die Interessen und Forderungen des Bundes in gerechter Weise energisch wahrzunehmen und anderweitigen, den Forderungen des Bundes entgegenstehenden Beschläüssen sich nicht zu unterwerfen. In Ausführung dieser Aufgabe hat der Bund Programmforderungen für die Landtagswahlen formuliert, die er den Kandidaten mit folgendem Anschreiben unterbreitet: „Ew. Hochwohlgeboren überfenden wir hiermit ergebenst zwei Exemplare unseres Bundesprogramms mit der Bitte, die darin enthaltenen Forderungen zu prüfen und uns dann gütigst mitteilen zu wollen, ob sie sich verpflichten, im Falle ihrer Wahl für dieselben einzutreten und zu wirken. Im zusammentretenden Falle bitten wir Sie, eines der Programme mit Ihrer Unterschrift zu versehen und an uns innerhalb 14 Tage einzusenden. Sollten wir eine solche Unterschrift in der erwähnten Zeit nicht erhalten, so nehmen wir an, daß Ew. Hochwohlgeboren es ablehnen, unsere Forderungen zu vertreten.“

Die sachliche Prüfung der Programmforderungen ist hier anscheinend nebensächlich. Es handelt sich um die Frage, ob das Vorgehen des Bundes an sich gerechtfertigt erscheint. Diese Frage ist entschieden zu verneinen. Der Abgeordnete muß es ablehnen, mit gebundenem Mandat in den Landtag zu ziehen. Wozu soll es führen, wenn jeder Stand den Kandidaten schriftlich verpflichtet will. Dem Mittelstand ist es doch eine Kleinigkeit, die Mittelstandsfeindlichkeit der Parteien zu prüfen. Das Zentrum wird die Prüfung gut bestehen können. Steht die Mittelstandsfeindlichkeit einer Partei fest, so kann der Bund der Handwerker nichts weiter tun vor dem ersten Wahlgang, als die Handwerker, die Anhänger der Partei sind, aufzufordern, den Kandidaten dieser Partei zu wählen. Vor der Stichwahl kann er schließlich weitergehen und dem gesamten Handwerk die Wahl des Kandidaten der mittelstandsfeindlichen Partei empfehlen. Der Bund der Handwerker fragt nur nach dem Wirtschaftsprogramm des Kandidaten. Wie der Kandidat sonst denkt, das berührt ihn nicht. Und doch kommt es bei den Landtagswahlen gerade auch auf die ideellen Gesichtspunkte an. Glaubt denn der Bund der Handwerker, es könne von vornherein von einem Handwerker, der sich zum Zentrum bekennt, verlangen, für einen Kandidaten zu stimmen, der zwar die Forderungen des Bundes unterschrieben hat, aber in Schulfragen usw. eine vom Zentrum vollständig abweichende Stellung einnimmt?

Das Handschreiben des Bundes führt auch zu falschen Konsequenzen. Ein Kandidat des Zentrums wird mit Recht von dem Bund sich nicht schriftlich festlegen lassen. Dann ist er vom Bund geduldet, und der Bund nimmt von dem Kandidaten an, daß er seine Forderungen nicht vertritt. Dabei zeigt doch schon eine oberflächliche Betrachtung des Programms der Zentrumsparität, daß es eine Reihe von den aufgestellten Programmpunkten des Bundes heute schon enthält, wie die hinsichtlich des Submissionswesens, des Schutzes der Bauforderungen usw. Wie kann der Bund von dem Zentrumskandidaten annehmen, daß er seine Programmforderungen nicht vertritt, obwohl das Zentrum diese Forderungen zum Teil selbst eigen nennt? Als bei den letzten Reichstagswahlen die Konsumvereine ihre Abwehrkommission einrichteten, um gleichfalls die Reichstagskandidaten auf gewisse Forderungen schriftlich festzulegen, welche Entzifferung gab es im Mittelstand! Nach dem Bund der Handwerker anders? Was man bei dem einen verurteilt, darf man selbst nicht für recht und gerecht finden!

Deutschland.

Berlin, 1. April.

Die vergewaltigte Deckungsvorlage. Es wird keinen Menschen im deutschen Reiche geben, der

den Vorschlag des Bundesrates zur Deckung der Kosten der Bekehrung als einen klaren, einfachen und übersichtlichen bezeichnen kann. Als die „Nord. Allg. Ztg.“ zuerst über die neuen Steuern sprach, da wurde die Welt nur konfus und man konnte sich kein richtiges Bild von der Sache machen. Nunmehr sind dem Reichstage die Steuerentwürfe zugegangen; aber auch in allen diesen Vorlagen hat man es nicht für nötig befunden, eine klare Zusammenfassung zu geben; man muß sich mühsam alles zusammenklauben und zusammenflicken. Die Uebersichtlichkeit wird zudem noch dadurch erschwert, daß man nach dem Plan des Bundesrates mit 2 getrennten Deckungsperioden zu rechnen hat. Die eine umfaßt die Jahre 1913—1915, die andere geht von 1916 ab. In diesen Deckungsperioden werden sodann fortwährende und einmalige Ausgaben in bunter Reihe durcheinandergeworfen und zusammengepackt, und dies macht die Sache recht unklar und auch die besten Staatskassen tun schwer, sich die Sache klar zu machen. Hier sei darum die Aufstellung gegeben, wie sie sich für die einzelnen Jahre ergibt:

Bedarf und Deckung von 1913—1915. a)	
Fortwährende Ausgaben:	
1913 (ab 1. Oktober)	53 Mill. M.
1914	153 Mill. M.
1915	186 Mill. M.
zusammen 393 Mill. M.	

Die Deckung hierfür wird in folgender Weise erreicht:

a) Mehreinkommen durch die bestehenden Steuern und Zölle: 1913: 24 Mill.; 1914: 16 Mill.; 1915: 16 Mill. — 56 Mill. M.
b) die neuen Reichstempelabgaben: 1913: 22 Mill.; 1914: 44 Mill.; 1915: 44 Mill.; zusammen 110 Mill. M.
c) Erbrecht des Staates: 1913: 5 Mill.; 1914: 15 Mill.; 1915: 15 Mill.; zusammen 35 Mill. M.
d) Hinausziehung der Ermäßigung des Grundsteuereinkommels: 1914: 15 Mill.; 1915: 20 Mill.; zusammen 35 Mill. M.

Alles in allem 236 Mill. M. Es ergibt sich also hier ein Fehlbetrag von 393—236 Millionen: 157 Millionen. Diese Summe soll nun als einmalige Ausgabe aufgebracht werden; es setzen sich somit zusammen die die

6) Einmalige Ausgaben aus:	
1. Kosten der Bekehrung	898 Mill. M.
2. obiger Fehlbetrag	157 Mill. M.
3. Verstärkung des Kriegsschatzes durch Silber	15 Mill. M.
1070 Mill. M.	

Hierfür kommt als Deckung in Betracht:

1. die Ueberschüsse von 1911 und der Ueberschuß von 1912	79,7 Mill.
2. die Kriegssteuern	990,3 Mill.
1070,0 Mill.	

So würde also die Deckung für die erste Periode stimmen, falls alle diese Vorschläge Annahme finden.

2. Bedarf und Deckung ab 1916. Einmalige Ausgaben entstehen ab 1916 nicht mehr; es handelt sich hier nur um die Deckung der fortwährenden Ausgaben in Höhe von 136 Mill. Wie sollen nun diese aufgebracht werden:

Mehrertrag der Steuern und Zölle	16	Mill.	M.
Neue Reichstempelabgabe	52	Mill.	M.
Befristung der Bundesstaaten	80	Mill.	M.
Keine Herabsetzung der Zuckersteuer	40	Mill.	M.
Keine Herabsetzung des Grundsteuereinkommels	20	Mill.	M.

Somit würde ab 1916 ein Ueberschuß von 28 Mill. M. vorhanden sein, der 1919 sich um 10 Mill. M. erhöht, weil die Bundesstaaten soviel weniger an Abfindung aus der Stempelsteuer erhalten.

Man sieht also, daß diese Vorschläge schon rein technisch genommen sehr verzwickelt sind, daß sie auch erhebliche Bedenken hervorrufen, brauchen wir nicht mehr zu betonen; sie werden im Reichstage schnell zum Ausdruck gebracht werden.

Der Deutsche Techniker-Verband Zweigvereinigung Düsseldorf, veranstaltete am Samstag, den 29. d. M. in Düsseldorf, Hotel Rheinhof, eine öffentliche Versammlung, in der Herr Wohnungsinspektor Berger aus Düsseldorf über das Thema sprach: „Die Techniker im Gemeinwesen, ihr Verhältnis zum Kommunalbeamtenstand und zur Angestellten-Versicherung.“ Der eingehende Vortrag des Referenten wurde mit großem Beifall aufgenommen und die nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen.

Die heute im Hotel Rheinhof in Düsseldorf veranstaltete, tagende, vom Deutschen Techniker-Verband einberufene und von den technischen Beamten und Angestellten der Stadt Düsseldorf und der benachbarten Gemeindeverwaltungen besuchte öffentliche Versammlung gibt ihrem lebhaften Beifall darüber Ausdruck, daß durch die zur Realgewordene Anwendung der in den §§ 8 und 9 des Kommunalbeamten-Gesetzes (R. V. G.) vom 30. Juli 1899 vorgezeichneten Ausnahmestimmungen die Anstellungsverhältnisse der technischen Beamten und der Betriebsbeamten sich andauernd und günstiger gestalten haben.

In jüngster Zeit hat, veranlaßt durch das Reichsgesetz zur Versicherung der Angestellten, der Ministerialerlaß vom 23. November 1912 wohl zu einer Milderung einiger einschneidenden Bestimmungen des § 9 Abs. 2 des R. V. G. geführt. Die Versammelten vermögen jedoch in diesem Erlaß eine befriedigende Regelung der sich seit der Einführung des R. V. G. wesentlich zu ihren Ungunsten veränderten Verhältnisse in den Gemeindeverwaltungen nicht zu erblicken. Der auch nach dem Erlaß bestehende Unterchied in der Anstellungsverhältnissen zwischen den Verwaltungsbeamten und den in dauernden Stellungen befindlichen technischen und Betriebsbeamten wird von diesen als eine ohne zwingenden Grund bestehende Härte empfunden.

An die Königlich Preussische Staatsregierung und an das hohe Haus der Abgeordneten richtete die Versammelten die dringende Bitte, dafür einzutreten, daß mit tunlichster Beschleunigung eine Abänderung des R. V. G. herbeigeführt wird, die hingehend, daß die in den §§ 8 und 9 dieses Gesetzes vorgesehenen, die Anstellungsverhältnisse insbesondere der technischen und Betriebsbeamten ungünstig beeinflussenden Ausnahmestimmungen beseitigt werden.

Gleichzeitig wenden sich die Versammelten auch an die Gemeindeverwaltungen und an die Gemeindevertretungen mit der ebenso dringenden Bitte, bei der aus Anlaß des Ministerialerlasses und nach den Bestimmungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte vorzunehmenden Prüfung der Anstellungs- und Verordnungsverhältnisse ihrer Beamten, die begründeten Wünsche der technischen und Betriebsbeamten um Gleichstellung mit den Verwaltungsbeamten wenigstens insoweit zu erfüllen, daß für die als dauernd anzusehenden Stellen die lebenslängliche Anstellung Grundlag wird. Im übrigen aber bittet die Versammlung die Gemeindeverwaltungen, hinsichtlich der Uebernahme der Beiträge zur Angestellten-Versicherung für ihr auf Privatdienstvertrag Angestellten, dem Beispiele anderer wohlwollender und sozial empfindender Verwaltungen zu folgen.

Es ist eine schlimme Geschichte für die Herren des Evangelischen Bundes, daß demnächst einmal die Thronfolge in Arztemberg auf einen katholischen Herrscher übergehen soll. Dagegen hat man alles mögliche und verschiedene Unmögliches ins Feld zu führen versucht. Aber es scheint doch, daß die Thronfolge dem Reusultat kommt, das von apostolischen geistlichen freiwilligen Bundesorganen in Arztemberg, die „Katholische Rundschau“. Es unterliegt auch nicht dem Herzog Albrecht tatächlich, wenigstens nicht und kommt mit bitterer Miene zu folgendem Resultat:

Es steht außer Zweifel, daß die Ehe Herzogs Alexanders mit Marie von Orleans mit Bewilligung des Königs Wilhelm I. geschlossen worden ist. Daran, wie überhaupt an der Gültigkeit dieser Ehe vermag der nachherige Uebertritt Herzogs Alexanders und seines Sohnes Philipp zur katholischen Kirche nichts zu ändern. Es gibt weder eine Bestimmung der Verfassung noch eine solche des Hausgesetzes, aus der sich die nachträgliche Ungültigkeit einer solchen Ehe ergeben würde. Die Rechtmäßigkeit der Thronfolge des Herzogs Philipp bezw. seines Sohnes Albrecht dürfte daher nicht angefochten werden können.

Dies ist für jeden Menschen, der die Verhältnisse kennt und nicht total vernarrt ist, ganz klar, ohne daß es erst langer Untersuchungen bedarf. Der Schmerz wird also den Herren schließlich nicht erspart bleiben und das gute Schwabenland wird darüber auch nicht zugrunde gehen.

Für Erwachsene ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die bestgeeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte Krankenkost.

Auch ein Kranker

— sagt der Arzt — darf Kaffee genießen, wenn er mit Carlsbader Kaffee-Gewürz bereitet wird. Es vermindert nämlich die nervenerregenden Eigenschaften des Kaffees und macht ihn nahrhaft. Auch koffeinfreier oder Malz-Kaffee erhalten durch Weber's Carlsbader Kaffee-Gewürz Aroma, Farbe und Geschmack von feinem Bohnenkaffee.



Patent-Anwalt
Dipl.-Ing. H. Koch Tel. 5590
Düsseldorf Bismarckstr. 82

Fahrräder
Fabrikator. Württemberg.
Düsseldorf, Dörflingstr. 20

Ia. Saathöfer
officiert
Franz Sommer,
Eppingbover Allee,
Opfeln.

Rote Grottensteine u. Gartensteine
Blau/weiß sowie Silber-
flüß liefert billigst wa-
son, fuhren und sen-
netweise.

Gebr. Klein,
Neub. a. Rh., Benloer-
straße 3, Tel. 467.

Verloren in das Geld für eine In-
sation
nicht, wenn Sie stets die
H.G.E. benutzen.

Wir haben unserer Brauerei eine mit den modernst. Apparaten ausgestattete

Abteilung für Flaschen-Bier

angegliedert. Neben unseren anerkannt

feinen Pilsener und Export-Tafelbieren

führen wir als Spezialität ein stark eingebrantes

Kaiser-Porter-Bier

sowie ein

alkoholarmes Kaiser-Kraft-Bier

Für den Niederrhein haben wir die

Vertretung der Kulmbacher Kapuziner-Brauerei übernommen, deren ff. Biere wir ebenfalls in Flaschen abgeben.

Sämtliche Drahtbügelverschlussflaschen sind mit Verschluss-Etiquetten versehen, die bei Unverletztsein Garantie für Brauerei-Abfüllung gewährleisten.

Prompte Lieferung an Wiederverkäufer und direct an Private. Bestellungen erbeten an die

NOVESIA-BRAUEREI NEUSS TELEFON : Nr. 62 :

Färberei • Chemische Wäscherei,
Dampf-Waschanstalt m. Rasenbleiche

P. W. Stein, Essen R.
Tel. 1051 u. 3218

Inh.: Eicker & Himmelreich,
ca. 50 Läden. 200-300 Arbeitskräfte.

Neuss: Crefelderstrasse 52.
Höchste Leistungsfähigkeit.

Spez.: Feine Gardinenwäsche.



NORDOST
D. R. Patent 238.390. Bestandt.: Glycerin-salicylat-benzoat.
Neuartiges, hervorragend wirksames Mittel bei
Husten, Heiserkeit u. a. Erkältungszuständen
Ärztlich empfohlen!
Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.

Billiges Vieh- u. Schweinefutter
Wir verkaufen so lange Vorrat

Hafer, Mais u. Gerste

durch Brand und Wasser beschädigt
à Mfr. 4.50 per Zentner

inkl. Sack bei Abnahme von mindestens
500 kg. gegen Nachnahme

Stein & Himmel,
Neuß, Furtherstraße 15.

Eingefangene Karrenpferde
stets zum Verkauf.

Johann Wittbusch,
Düsseldorf-Verdt.

Ein frohes Ereignis!



für jeden Raucher
ist die Entdeckung
von:

Eckstein's DA CAPO-Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

2200 Arbeiter
Lieferanten der Königl.
Italien. Tabakregie.

Stück 3 bis 10 Pfg.

Suche 6000 Mark an
erster Stelle auf gut ge-
legenen Bauplätzen.
Offerten unter Nr. 208
an die Exped. d. Bl.

Verrichtl. abgechl.
II. Etage
Schwannstraße 15
5 Zimmer, viele kompl.
Bäder, 2 schöne Mani-
gas- u. electr. Licht. Ben-
trelheizung zu vermiet.
Näheres das. 1. Etage.

Kapitelstr. 69
2 Zimmer 2. Etage per
sofort zu vermieten.
Näheres dortselbst.

Lageräume,
350 qm groß, auch zu je-
dem anderen Zweck ge-
eignet zu vermieten.
Näheres
Bleichstr. 4.

Eine erstklassige Apfelweinellerei
und Seifellerei sucht
für den Vertrieb ihrer Marken bei der En-
gross- und Privatkundschaft
bestens eingeführte Vertreter
Suchende Firma liefert allerfeinste Quali-
täten und beabsichtigt, nur Herren mit besten
Verbindungen zu engagieren.
Ausführl. Off. mit Angabe von Referenzen
erbeten u. N. 2 5633 an Rudolf Mosse, Köln.

Novesia,
Verein kath. Kaufleute.

Mittwoch, den 2. April er.,
punct 9 Uhr abends im Vereinslokale.

Vortrag

des Herrn Dr. Busch, M. Glabbach,
über „die Stellung Deutschlands in
der Konkurrenz der Weltmächte“.

Wir laden zu diesem die weitesten Kreise inter-
essierenden Vortrage freudl. ein und hoffen gerne
ein vollbesetztes Haus verzeichnen zu können.
Der Vorstand.

Kartell der christl. Gewerkschaften.
Am Donnerstag, den 3. April, abends 7 1/2 Uhr
findet bei Herrn D. Müller, Neuss, eine wichtige

Kartellung
statt. Hierzu sind dringend eingeladen alle Kartell-
delegierten und Stellvertreter, ferner die Vorstände
und Vertrauensmänner sämtlicher Zählstellen.
Gewerkschaftssekretär Gelpenkein: Düsseldorf
hat den Vortrag übernommen.
Weitere Tagesordnung im Lokal.
Alle Kollegen haben zu erscheinen.
Der Vorstand.

Habe mich in Rommerkirchen als
Tierarzt niedergelassen.

F. Schlaghefen,
prakt. Tierarzt.

Wohnung bei Frl. Supperh.

J. Rustemeyer
Tel. 832 Neuss Erfstr. 2.

Schneider-Bedarfsartikel
en gros en detail

Specialität:
Damen-Jackettfutter
in
Satin und Seide.

Damen- und Herrenbüsten.

Passende Knöpfe
in grosser Auswahl.
Anfertigung von
Knöpfen
in allen Grössen.

Nähmaschinen repariert
gut und billig
Joh. Glasmacher,
Oberstraße 29.

Eine Partie neue
Betten
zwei schlüssig mit Patent
Zettiger Stäbchen. Gesund-
heits-Matratze, sieben bill.
zu verkaufen.

Georg Meier,
Büttgen, Bahnhofstr. 12,
Bat.-Matratzenfabrik.

Düsseldorfer
Stadttheater.

Mittwoch, den 2. März
abends 7 1/2 Uhr:
Malolika.

Donnerstag, den 3. April
abends 7 1/2 Uhr:
Geimal.

Freitag, den 4. April,
abends 7 1/2 Uhr:
Der fliegende Holländer

Samstag, den 5. April,
abends 7 1/2 Uhr:
Maria Stuart.

Sonntag, den 6. April,
abends 7 Uhr:
Tiefenland.

Apollontheater
Düsseldorf.
Direction J. Gluck.

Größtes u. vornehmstes
Spezialitäten-Theater
Deutschlands.

Tägl. Auftreten von aus-
serordentlichen Kunstkräften
Anfang der Vorstellung
8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Künstl. Zähne.
Plomben.
W. Lauers
Zahn-Praxis
Neuss
Büttgenstr. 5 I.
Reparaturen.
Zahnziehen.

**Geldelbe Italiener-
Brutierer**
Niesenleger, sucht erhielt
in dies. Jahre mehr. 1. u.
2. Preise, sowie höchste
Ehrenpreise. Dtd. 4 3.-
W. Bremer, Neuss,
Kölnlandstraße 302.

Feldmöhren,
Industrie, Saat- und
Speise-Kartoffeln
abzugeben
Mittergut Birkhof.

Wasche
mit
Henkel's
Bleich-Goda.